

# **NICHTS AUS DER GESCHICHTE GELERNT: OB TILL HOFIERT FASCHISTEN!**

Bereits zum wiederholten Mal lädt der Göppinger Oberbürgermeister Guido Till am heutigen Freitag ins Rathaus am Marktplatz zum runden Tisch. Ständen die vergangenen Treffen noch unter der vermeintlichen Prämisse des Engagements gegen Rechts ("*Runder Tisch gegen Rechts*"), vollzieht der Oberbürgermeister mit dem heutigen Treffen unter dem Leitsatz "*Runder Tisch gegen Extremismus*" einen aus seiner Sicht überfälligen aber dennoch grundfalschen Schritt. Mit der Umbenennung manifestiert das CDU-Mitglied Till sein bisheriges Handeln: Roter Teppich für neonazistische Aktivitäten, Prügel und Diffamierung für diejenigen, die sich der menschenverachtenden Hetze der Nazis entgegenstellen. Die Aktivitäten von Till haben in der Vergangenheit leider nur wenig Gegenwind erfahren. Grund genug für uns, dies am heutigen Tag zu ändern!

## **WAS BISHER GESCHAH.**

Seit einigen Jahren bereits treiben die selbsternannten "*Autonomen Nationalisten GP*" in der Region Göppingen ihr Unwesen. Die Gruppe aktionistischer Neonazis tritt dabei insbesondere durch Übergriffe auf MigrantInnen oder politisch Andersdenkende, rechte Propaganda im Stadtbild, oder Spontanaufmärschen mit rassistischen Parolen in Erscheinung. Im Oktober 2012 und 2013 organisierten die Faschisten überregionale Aufmärsche in Göppingen. Mehrere tausend Menschen gingen dagegen auf die Straße und leisteten Widerstand. Über 2500 Polizisten verhinderten, dass die faschistischen Aufmärsche blockiert werden konnten, verletzten mehrere Dutzend DemonstrantInnen und nahmen 2013 ca. 500 Menschen in Gewahrsam.

Einen kurzen Dämpfer erhielten die Faschisten durch polizeiliche Ermittlungen und Durchsuchungen im Februar diesen Jahres. Dass das rechte Problem dadurch keinesfalls gelöst ist, zeigt die erneute Nazikundgebung am 30. August 2014 vor dem Göppinger Bahnhof.

Ebenso wenig hat sich der Umgang der Göppinger Stadtverwaltung mit den Nazidemos geändert. Oberbürgermeister Till, der schon in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit ausließ, antifaschistische Proteste in der Öffentlichkeit zu diffamieren, und die Göppinger Stadtverwaltung verheimlichten die rechte Kundgebung im August vor der Göppinger Bevölkerung.

## **IGNORIEREN FÖRDERT.**

Die Rechtfertigung des Göppinger "*Stadtoberhaupt*s" für die Nichtinformation der Bevölkerung über das menschenverachtende Treiben vor ihrem Bahnhof ist sehr spärlich. Er wolle den Rechten durch fehlenden Protest den Ansporn nehmen, in Göppingen aktiv zu sein. Bürgersteighochklappen-Politik gegen die faschistische Brut. Die Erkenntnis, mit seinem Vorgehen nicht nur falsch, sondern auch fahrlässig gehandelt zu haben, müsste Guido Till bei einem schlichten Blick in die Geschichtsbücher dieses Landes kommen. Belächeln, kleinreden oder ignorieren haben aus der kleinen faschistischen Partei, die die NSDAP Anfang der 1920er Jahre war, eine Massenbewegung entstehen lassen, als deren erschreckende Verdienste, ein Weltkrieg und die industrielle Vernichtung mehrerer Millionen Menschen, in die Geschichte eingegangen sind. Erst zu spät intervenierten, zu Beginn der 30er Jahre, verschiedene gesellschaftliche Gruppen und stellten sich den Faschisten entgegen.

Fehlender Aufschrei und ausbleibender Protest gegen jegliche Form des Auftretens sorgt für das, was die Faschisten gerne hätten: Eine gesellschaftliche Anerkennung als normale politische Kraft und eben nicht ihre Stigmatisierung und Demaskierung als Feinde des Miteinanders der Menschen. Schließlich hat rassistische Hetze und menschenverachtende Gesinnung nichts, aber auch rein garnichts mit einem Recht auf Meinungsfreiheit zu tun.

Auftritte wie der vom 30. August gelten in der rechten Szene als erfolgreich und motivierend. Mit seinem Schweigen spielt Till den Faschisten mehr als nur in die Hände. Dass der Oberbürgermeister ein solches Verhalten in einer Situation an den Tag legt, in der in München aktuell gegen Mitglieder des selbsternannten "*Nationalistischen Untergrunds (NSU)*" verhandelt wird, gleicht einem Skandal und kann als blanker Hohn für die Angehörigen der Opfer der rassistisch motivierten Mordserie gewertet werden. Schließlich zeigt das Beispiel "*NSU*" wie tödlich faschistische Ideologie bei Schweigen, Verheimlichen und Vertuschen ist.

## **ALLES EXTREMISMUS?**

Mit der Umbenennung des runden Tisches in ein Forum "*gegen Extremismus*" unternimmt der Göppinger OB zudem einen weiteren Schritt in Richtung Verharmlosung faschistischen Gedankenguts. Kurz gesagt setzt er, in einer sich jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entziehenden Herangehensweise, rechte und linke politische Ansätze gleich. Ähnlich dem Ansatz insbesondere rechtskonservativer Politologen, zeichnet Guido Till das Bild eines Hufeisens an dessen linken und rechten Ende die Feinde der Demokratie sitzen würden. Entscheidend in diesem Gedankengebilde ist demnach nicht das wofür, sondern das wogegen der politischen Ansätze. Die Argumentation Tills zielt also einerseits auf die Delegitimierung und Kriminalisierung antifaschistischer Proteste, indem AntifaschistInnen als "*Extremisten*" diffamiert werden, andererseits auf die Verharmlosung faschistischen Gedankenguts, indem selbiges mit dem Kampf um eine bessere, solidarischere und menschlichere Gesellschaft durch linke Kräfte, gleichgesetzt wird.

## **MIT GUTEM BEISPIEL VORAN!**

Ein Blick über den Göppinger Tellerrand hinaus zeigt, dass es auch anders geht. So zum Beispiel der Oberbürgermeister von Jena, Albrecht Schröter. Schröter lässt keine Gelegenheit aus, sich den rechten Umtrieben in seiner Stadt in den Weg zu stellen. Neben seiner Unterstützung der Forderung nach einem baldigen NPD-Verbot, dem Aufbau eines regionalen Netzwerks aus verschiedenen Gemeinden zum Umgang mit Naziaufmärschen beteiligte sich Schröter zudem an Protesten und Blockadeaktion von faschistischen Aufmärschen in Jena und Dresden.

Ein weiteres Beispiel ist die Karlsruher Stadtverwaltung. Anstatt Anfang 2013 eine rechte Demonstration mit einem massiven Polizeieinsatz durchzuprügeln, beschränkte sie das braune Treiben auf eine stationäre Kundgebung am Karlsruher Bahnhof. In Karlsruhe hatten mehrere tausend Menschen gemeinsam alle möglichen Aufmarschwege der Faschisten blockiert.

Trotz guter Beispiele ist es dennoch keine alleinige Aufgabe der "*Stadtoberen*" sich der rechten Gefahr entgegenzustellen. Es liegt an allen. Ein guter Ansatz dafür waren die, von mehreren Dutzend Organisationen und Einzelpersonen unterstützen, Bündnisproteste gegen den Naziaufmarsch am 12. Oktober 2013 in Göppingen. Dem Aufruf des Bündnis "*Nazis stoppen!*" folgten damals knapp 2000 Menschen. An diese Erfahrungen gilt es anzuknüpfen - denn das Naziproblem in Göppingen ist keinesfalls gelöst!

Auf Guido Till ist bei der Arbeit gegen Rechts aktuell kein Verlass. Anstatt endlich nicht nur verbal gegen Nazis Stellung zu beziehen, sondern sich aktiv an der Arbeit gegen die Faschisten zu beteiligen, hofiert der Göppinger OB weiterhin die süddeutsche Naziszene. Dagegen gilt es Stellung zu beziehen.

***GEGEN DIE VERHARMLOSUNG DER GEFAHR VON RECHTS!  
GEGEN DIE FASCHISTISCHEN UMTRIEBE IN GÖPPINGEN UND DER REGION!  
GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG ANTIFASCHISTISCHER PROTESTE!  
UND FÜR EINEN AKTIVEN ANTIFASCHISMUS!***

***ANTIFASCHISTISCHE DEMONSTRATION  
11. OKTOBER 2014 | 16 UHR | GÖPPINGEN BAHNHOF***

ab 10 Uhr ganztägige Kundgebung vor dem Bahnhof in Göppingen

Weitere Infos: [www.gp-nazis-stoppen.tk](http://www.gp-nazis-stoppen.tk) | [www.dran-bleiben.tk](http://www.dran-bleiben.tk)